

# Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

### Eine Reichskanzlerkrisis?

Der deutsche Botschafter in Madrid, Herr von Radowiz, erlitten dieser Tage beim Kaiser auf der Wilhelmshöhe und sofort knüpften einige Blätter an diese Meldung die weitere, daß es sich um die Berufung des Herrn von Radowiz in ein hohes Amt in Berlin handle. Da gleichzeitig gemeldet wurde, Erbprinz Sobenlohe sei amtsmüde, war schon für einen Nachfolger in Madrid gesorgt. Aber was sollte Radowiz in Berlin werden? Alle Stellen sind besetzt, einen Ministerposten könnte er nicht erhalten, also bleiben für solche Konjunkturalposten nur zwei Auswege, entweder wird Radowiz Reichskanzler oder der Reichskanzler sucht sich eine Entlastung, indem er das preussische Ministerpräsidium abgibt, wie es Bismarck eine Zeitlang an Graf Reon und Caprivi an Graf Eulenburch abtrat. Mit dem Bekanntwerden solcher Nachrichten ist natürlich der Kannengieherei ein weiteres Feld geöffnet.

Zu einem Rücktritt des Fürsten Bülow liegt vorerst kein Grund vor, falls seine Gesundheit standhält. Man hat in der letzten Zeit zwar allerlei hierüber gehört, aber die Tatsache, daß er weite Reisen zum Kaiser ausführt, daß er alle Amtsgeschäfte übernommen hat, spricht für eine völlige Wiederherstellung; freilich ist fraglich, ob die Gesundheit auch unter der Last des Wirkens standhält. In politischen Kreisen der Reichshauptstadt ist es längst ein offenes Geheimnis, daß die Fürstin Bülow sehr lebhaftes Besorgnis um ihren Gemahl hegt und schon seit geraumer Zeit auf einen Abschied hinarbeitet; nachdem der Reichskanzler die hohe Erbschaft von einem Hamburger Vermanden gemacht hatte konnte die Fürstin noch entschiedener ihren Wunsch vertreten. Fürst Bülow ist dagegen der Ansicht, daß er seine Kräfte dem Reiche zu widmen habe und konnte bisher alle Bedenken seiner Gattin zerstreuen.

Freilich hat sich in der letzten Zeit ein Zwischenfall vollzogen, der große politische Konsequenzen haben kann, wir meinen die Auseinandersetzungen zwischen der „Nordd. Allg. Zeitg.“ und dem „Berl. Lokalanzeig.“, mit anderen Worten: Das Duell Bülow-Bobbielsky. An diesen bekannten Auslassungen war bemerkenswert, daß der halbamtliche „Lokalanzeiger“ sich gegen Fürst Bülow auf die Seite Bobbielskys stellte, daß er somit die Position des Letzteren für stärker hielt, als die des Reichskanzlers, aber wir glauben, daß hierin das offiziöse Blatt getäuscht worden ist. Noch auffälliger jedoch ist die andere Tatsache, daß hier über die einzelnen Stadien der Entlassung eines Ministers in amtlichen Blättern berichtet worden ist; wir können uns nicht erinnern, daß sich jemals sonst ein solches ereignet hat. Die offiziöse Auslassung sprach sehr scharf von der „Entlassung Bobbielskys“, also nicht von einer Genehmigung des Abschiedsgesuches. Fürst Bülow wußte wohl, weshalb er seinen Prescheimrat so scharf vorgehen ließ, der gute „Bob“ hatte eben eine sehr gefestigte Position, die zu nehmen keine Kleinigkeit ist. Aber schließlich steht die Sache so: Bülow oder Bobbielsky; wir glauben deshalb auch vorerst nicht an einen Rücktritt von Bülow. Allerdings, wenn Bobbielsky bleiben würde, könnte er im Herbst auch den Fürsten Bülow mit hinunterreißen, weil dann niemand daran glaubt, daß es mit der Reinigung der Kolonialabteilung ernst ist, auch haben die beiden Staatsmänner sich zu sehr engagiert in der Presse, als daß sie noch eine einseitige Politik treiben könnten.

Dann sagen freilich manche, daß auch Fürst Bülow abgebe, Radowiz werde sein Nachfolger. Wir glauben vorerst nicht an diese Meldungen. Radowiz machte die übliche Visite beim Kaiser, die jeder Botschafter ausführt, wenn er deutschen Boden betritt. Herr von Radowiz hat gewiß in Algeriras unsere Sache gut vertreten; er stieg auch sehr in der kaiserlichen Gunst, die ihm den Schwarzen Adlerorden einbrachte. Früher urteilte man ganz anders über ihn. Fürst Bismarck hielt Radowiz für einen unserer besten Diplomaten, für ein Genie, aber er war manchen Kreisen zu katholisch. In Konstantinopel erfüllte er seine Aufgaben mit sehr viel Geschick, als er plötzlich wider seinen Willen nach Madrid versetzt wurde, wo er seit zehn Jahren das Reich vertritt; er ging höchst ungerne dorthin, hat sich aber mit der Zeit dablei eingewöhnt. Man erzählt sich in eingeweihten Kreisen, daß seine Ratsschlüsse über unsere Auslandspolitik in Berlin nur selten Beachtung fanden; jetzt bedauert man dieses sehr, wo wir ziemlich isoliert sind.

Wenn wir den Meldungen über die Kanzlerkrisis auch nicht so viel Gewicht beilegen, wenn wir diese auch für unbegründet halten, so darf man doch überzeugt sein, daß die kommenden Tage uns manche Ueberraschung bringen werden. Die Sitzung des preussischen Gesamtministeriums, die in dieser Woche stattfindet, wird wichtige Entscheidungen im Gefolge haben, man wird schon aus der Abwesenheit des einen oder anderen Ministers seine Schlüsse ziehen können und müssen. Es bedarf einer festen Hand, um das in weiten Kreisen bestehende Mißtrauen zu bannen und der Regierung jenes Vertrauen wiedergzugeben, das sie für die Leitung der Geschäfte bedarf. Fürst Bülow hat bisher als seinen ersten Grundsat proklamiert: „Nur keine inneren Krisen!“ Jetzt scheint er selbst einzusehen, daß es so nicht weiter geht, daß das System der Vertikung die erste Folge dieses Satzes ist. Wo sich Mißtrauen angeheftet hat, muß geschnitten werden und zwar tief, bis alles Schlechte Mut entfernt ist. In der Kolonialabteilung aber ist dies nicht der Fall, da sitzen noch alle jene Geheimräte, die sich im Reichstage so bittere Wahr-

heiten sagen lassen mußten. Wann endlich werden diese entfernt werden, wenn sie nicht freiwillig abgeben? Es heißt: im nächsten Frühjahr; wir sind der Ansicht, daß dies zu spät ist und die parlamentarische Winterkampagne wird uns recht geben.

### Bombenattentat auf Stolypin.

Die Revolutionäre haben am Sonnabend auf den russischen Ministerpräsidenten ein Attentat ausgeführt, das zahlreiche Menschenopfer forderte. Die Täter trafen in der vierten Nachmittagsstunde in einem offenen Wagen vor dem Hause Stolypins ein; da die Befugnisse bereits geschlossen war, wollte die Dienerschaft sie nicht durchlassen. Darauf verhielten sie mit Gewalt in das Zimmer einzudringen, das neben dem Empfangssaal lag, und in dem zahlreiche Gäste den Minister erwarteten. Bei dem Handgemenge mit der Dienerschaft ließ der eine der Eindringlinge, der die Uniform eines Gendarmereioffiziers trug, eine Bombe fallen, die mit großer Gewalt explodierte. Durch die Stärke der Explosion wurde das Vorzimmer, in dem die Bombe explodierte, das diesem benachbarte Zimmer und teilweise auch der Empfangssaal vernichtet, ebenso auch das Vestibül, die Freitreppe und der Balkon des zweiten Stockwerkes. Der Minister, der in seinem Arbeitszimmer empfang, blieb unversehrt. Seine Tochter und sein Sohn, die sich auf dem Balkon aufhielten, wurden verletzt; beide Kinder wurden nach dem Hospital gebracht. Die Gesamtzahl der Opfer beläuft sich auf nahezu 60 Personen, von denen 30 getötet sind. Unter den Toten befindet sich das Mitglied des Ministerrates Chwozow. Von den Tätern sind drei durch die Explosion getötet worden, der vierte ist verhaftet. Getötet sind außerdem General Samjatin, Zeremonienmeister Woronin und Chwozow, auch Fürst Malaschidze, der Hauptmann der Gendarmen Fedorow, der Polizeibeamte Skantszew, sowie Wachen, Diener und Boten. Verwundet sind 25 Personen, darunter zwei Ministerialbeamte und ein General der Artillerie. Das Gebäude ist schrecklich zugerichtet. Die Feuerwehrlente sind mit Bergungsarbeiten beschäftigt. Sofort nach der Katastrophe staketen der Marineminister, der Großfürstin und die Mitglieder des diplomatischen Korps dem Minister Stolypin Besuche ab.

Durch die angestellten Untersuchungen ist ermittelt worden, daß die Täter mit der Nikolajebn aus Moskau in Petersburg eingetroffen sind und sich in der Warskajastraße möblierte Zimmer gemietet haben. Sie hatten am Abend vor dem Morbanschlag die Sommeroper besucht, wobei sie sich desjenigen Wagens bedient hatten, in dem sie vor der Villa des Ministers vorfuhr. Der Haupttäter, dessen Leiche von Militär bewacht wird, ist ein ziemlich kräftig gebautes junger Mann von etwa 25 Jahren. Unter seiner ganz neuen Uniform befand sich eine Zivilweste und außerordentlich schmutzige Wäsche. Wie jetzt bekannt wird, wollte bereits vor einigen Tagen ein verabschiedeter Offizier namens Boborkin den Ministerpräsidenten vor einem gegen ihn geplanten Attentat warnen; wurde aber nicht vorgelassen. Am Sonntag nun wurde Boborkin auf Befehl des Ministergehilfen Malarow vernommen. Im Augenblick der Explosion empfing Stolypin zwei Adelsmarschälle, die bezeugen, es hätten zwei bzw. drei Explosionen stattgefunden. Stolypins erste Frage war die nach seiner Familie. Er selbst befreite seine Kinder aus dem Trümmerhaufen. Die 15-jährige Tochter, der beide Hände zerschmettert wurden, hat außerdem große fließende Wunden an anderen Körperteilen davongetragen. Dem Sohne, der erst drei Jahre alt ist, wurde der rechte Hüftknochen gebrochen. In seinem Kopfe wurde ferner eine Kugel festgesetzt. Der Ministerpräsident besuchte die Kinder im Laufe des Abends zweimal im Hospital. Die Getöteten sind entsetzlich verstümmelt, manche sind geradezu formlose unkenntliche Massen. Vor der Villa liegt zertrümmert die Equipage der Attentäter. Die Attentäter sind junge Leute, deren Personalien noch nicht festgestellt werden konnten.

Der Zar rückte am 25. d. M. noch an Stolypin nachstehendes Telegramm: „Ich finde keine Worte, um meine Entrüstung auszudrücken. Ich danke Gott, daß er Sie beschützte, und hoffe von ganzem Herzen, daß Ihr Sohn und Ihre Tochter bald wieder hergestellt werden, ebenso auch die übrigen Verwundeten. Nikolaus.“ Stolypin erhielt auch Telegramme von den Großfürsten Nadimir, Konstantin und Alexander, sowie von den Großfürstinnen Elisabeth und Eugenie und dem Grafen Witte. Die Kerge finden den Zustand der Tochter Stolypins sehr bedenklich.

Die Zarin-Witwe ließ sich nach dem Befinden der Kinder des Ministerpräsidenten erkundigen. In das Peters-Paulshospital wurden 24 Verletzte und 22 Verwundete geschafft. Drei der Verwundeten sind beim Verbinden gestorben, außerdem sind noch drei am späten Abend gestorben. Die Gesamtzahl der durch die Explosion Getöteten beträgt mithin 30. Von den Verwundeten wurden vier, die der Teilnahme an dem Verbrechen verdächtig sind, in das Gefängnishospital geschafft.

### Politische Rundschau.

Dresden, den 27. August 1906.

Der Kaiser empfing am Sonnabend auf Schloß Wilhelmshöhe den Prinzen Carolath, früher Kommandeur des 7. Kavallerieregiments. Der Prinz aciale dem Kaiser im Vorbeigehen das Quersenden mit der Bänfeltrute, und zwar mit bestem Erfolg.

Die vollständige Liste der Taufpaten des Sohnes des Kronprinzenpaars weist 19 Paten auf: den Kaiser und die Kaiserin, Prinz Eitel Friedrich, Prinz Heinrich, Prinz Albrecht, Großherzogin Luise von Baden, Prinzessin Hedra von Schleswig-Holstein, Kaiser Franz Josef, König Viktor Emanuel III., Kaiser Nikolaus II., König Eduard VII., König Haakon von Norwegen, Großfürst Michael Nikolajewitsch von Rußland (der Großvater des Täufelings) usw.

Der Vertrag mit Tappesfisch soll nun gelöst werden so meldet ein Berliner offizielles Blatt. Bekanntlich hat das Zentrum schon am 12. März 1906 die sofortige Lösung gefordert, der Reichstag hat diese auch beschlossen, aber damals entschloß sich die Verwaltung nicht zu diesem Schritte. Wir wollen deshalb auch jetzt abwarten, was weiter geschieht! Gegenüber der Meldung von der Auflösung des Vertrages erfährt die nun aber „Tägliche Rundschau“, daß sich bisher für die Kolonialverwaltung noch nicht die geringste Handhabung gefunden habe, von dem Vertrage zurückzutreten. Die Firma ist nach § 2 des Vertrages ausdrücklich ermächtigt, einen Teil ihrer Lieferungen von anderen Firmen zu beziehen mit der Einschränkung, daß die Waren von deutschen Fabrikanten im Inlande angefertigt und in Beschaffenheit den selbsthergestellten gleich sein müssen. Auch auf Grund dieses Paragraphen hat sich eine Vertragsverletzung bisher nicht nachweisen lassen.

Berliner Blättern geben Nachrichten zu, die darauf hindeuten, daß außer Major Fischer auch noch andere Offiziere der Schütztruppe in einem zu freundschaftlichen Verhältnissen zu Herrn v. Tappesfisch gestanden haben. Das Verhältnis habe Beziehungen zur Folge gehabt, die die Herren einer für die Regierung nicht wünschenswerten Kritik aussetzen.

Die deutsche Kriegsflagge wird bei der internationalen Flottenparade in Jomestown gebührend vertreten sein.

Auf dem deutschen Tage des Ostmarkenvereins wurde festgestellt, daß die Deutschen in den Jahren 1896/1903 an die Polen rund 50000 ha Land verkauft haben, das macht 1 : 100 der Gesamtfläche.

Die Meldung, daß ein die Enteisung des polnischen Grundbesitzes in den Ostmarken bezweckender Gesetzentwurf zu erwarten sei, wird von dem Lokalanzeiger in das Gebiet der Fabel verwiesen.

Die Sozialdemokraten haben gegen die Gültigkeit der Wahl des Freisinnigen Guno im Reichstagswahlkreis Hagen-Schwelm einen Protest bei dem Reichstag eingereicht, der in der Hauptsache damit begründet wird, daß sich der Regierungspräsident und der Hagen Landrat insofern einer Wahlbeeinflussung schuldig gemacht haben, als sie die Führer der Zentrumsparthei zu bestimmten veranlaßten, in der Stichwahl für den freisinnigen Kandidaten einzutreten.

Ueber die Verwendung des Luftschiffes im Kriege spricht Otram Maxim, der berühmte englische Kriegstechniker und Erfinder, in einem Artikel, den er in der Daily Mail veröffentlicht. Er erklärt darin die Konstruktion eines solchen Kriegsluftschiffes als sicher bevorstehend, und bemerkt mit Bedauern, daß Deutschland auf diesem Gebiete die Führung hat. Die deutsche Regierung spare kein Geld, um die besten technischen und wissenschaftlichen Kräfte ihres Landes für das Ringen um das Naturgeheimnis zu gewinnen, welches den Bau eines leistungsfähigen Luftschiffes ermöglicht, durch dessen Besitz Deutschland zum unbeschränkten Herr der Welt werden würde.

Ein angeblicher Anhänger der Zentrumsparthei in Weßfalen springt dem schlesischen Zentrumsabgeordneten Grafen von Stradowitz in der „Deutschen Tageszeitung“ bei. Da der Verfasser des Artikels sich nicht mit seinem Namen nennt, kann niemand kontrollieren, ob diese Behauptung wahr ist; sie hat also gar keinen Wert. Der Verfasser wendet sich fast ausschließlich gegen die „Alln. Volkzeitung“, die sich selbst zu verteidigen wissen wird. Aber das eine können wir nicht unterdrücken: es macht gewiß keinen angenehmen Eindruck, wenn ein wirklicher Zentrumsangehöriger sich an ein gegnerisches Blatt wendet, zumal er selbst zugesteh, daß er sich vorher nicht an ein Zentrumsblatt gewandt habe. Mehr Parteidisziplin ist hier unbedingt erforderlich, aber wir halten vorerst die Darstellung, als habe ein tätiger Zentrumsangehöriger jene Zeilen geschrieben, für falsch.

Eine Auseinander-Einigung des Mittelstandes? Unter dieser Epithete schreibt „Das Reich“, daß sich in Gannover unter starker Beteiligung eine ganz Deutschland umfassende „Freie Mittelstandsvereinigung“ konstituiert habe. Der neue Bund bewegt die Forderung des Mittelstandes durch Selbsthilfe, ohne Eingreifen der Staatsgesetzgebung. Das antisemitische Blatt schreibt schmerzhaft: „Wir können die Art dieser neuen Gründung noch nicht beurteilen, glauben aber, daß es sich hier etwas um unläuterer Wettbewerb der „Mittelstandsvereinigung“ gegenüber handelt. Jedenfalls ist es im höchsten Grade bedauerlich, wenn auf solche Weise wieder eine Zersplitterung der Kräfte herbeigeführt wird. Im übrigen wäre eine Selbsthilfe des Mittelstandes ohne Staatsgesetzgebung — das Rezept sieht etwas nach liberalem Mandelstern aus — ebenso undenkbar wie z. B. eine soziale Arbeiterfürsorge ohne das Mitwirken der Regierung und Staatsgesetzgebung.“ Ganz guttessend; Staats- und Selbsthilfe müssen neben-

192  
Be 15  
Möbel-  
reicher.  
Lügel-,  
ianino-  
und  
ssa-  
chrank-  
ans port.  
ren.



Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Fortbildung-  
s-  
Lehr-  
buch  
über  
die  
Ab-  
rechnung  
des  
Hand-  
werks  
und  
die  
Bau-  
kosten-  
rechnung  
von  
Herrn  
Dr.  
H. B.

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

Wetische  
Leder-  
und  
schiff-  
Bereit-  
ung von

einander gehen. Im übrigen zeigt sich auch hier, welcher Unfug mit dem Worte Mittelstandspolitik getrieben wird. Mögen die Angehörigen der Mittelstandspartei nur tüchtig im Zentrum arbeiten, dann kommen sie am besten zu ihrem Rechte.

— 507 000 Mark für die russische Revolution haben die Berliner „Genossen“ im letzten Jahre aufgebracht, wie der Vorsitzende des Verbandes der Wahlvereine, „Genosse“ Liepmann in einer Versammlung im 5. Berliner Wahlkreis mitteilte. Im Ganzen ist also eine halbe Million für Unterstützungszwecke von der Berliner Sozialdemokratie aufgebracht. Der Löwenanteil ist also den russischen Revolutionären und Bombenwerfern zugestossen. Da in Berlin bei den letzten Wahlen im ganzen 218 238 Stimmen abgegeben sind, so entfielen danach auf jeden „Genossen“ pro Kopf schon mehr als 2 Mark. Natürlich zählen diese Wähler nicht alle, sondern etwa knapp die Hälfte, nämlich diejenigen, welche organisiert sind und demgemäß an den Lohntagen alsbald ihren Anteil an die schon bereitstehenden Kassierer der einzelnen Organisationen abzuliefern genötigt werden. Somit kann man durchschnittlich rund 5 Mk. auf den Kopf rechnen, welche allein für Unterstützungszwecke, vorwiegend für die Nordbrennerverbände in Russland von den „Genossen“ aufgebracht wurden.

— Eine anmutende Charakterstudie über Liebermann v. Sonnenberg veröffentlicht die reformerische „Vossische Rundschau“, indem sie allerlei Indiskretionen „aus dem Leben eines deutschsozialen Parteiführers“ erzählt. Des antisemitischen Platt schreibt: „Das Wortchen „von“. Einer der glänzendsten Verehrer des Herrn Liebermann v. Sonnenberg war vor Zeiten ein Kunstgärtner in Elberfeld. Weil er für die antisemitische Bewegung des Herrn v. Liebermann viel Geld hingab, so hielt es der „adlig“ Geborene nicht unter seiner Würde, sich mit dem „gemeinen“ Bürgerlichen eng zu befreunden. Einst, bei solennem Anlaß nach vollendetem Vortrag, brachte nun der Kunstgärtner voller Begeisterung einen Trinkspruch auf Herrn Liebermann v. Sonnenberg aus, der in die Worte ausklang: Wir wollen Herrn Liebermann hochleben lassen! Prompt erhob sich der also Gefeierte und sagte: Ich heiße nicht Liebermann, sondern v. Liebermann. — Seit dieser Zeit soll sich die Begeisterung des Kunstgärtners für die Liebermannsche Sache merklich abgekühlt haben, so daß er keine Moneten dafür übrig hatte. Sehr zum Leidwesen des ebenso adelstolzen wie geldbedürftigen Fremdes.“ Wie Herr v. Liebermann die Wähler einschätzt. In einem „Standesgemäßen“ Coupee 2. Klasse, zwischen Kassel und Treysa, soll einst Herr Liebermann v. Sonnenberg über die getrennten seiner heftigen Wähler folgende kaiserliche Äußerung getan haben: „Keine Schwärmer Bayern sind treu wie die Hunde, aber drecksig wie die Schweine.“ — Kommentar vollkommen überflüssig!

— Ganz aus dem Häuschen geraten ist das sozialdemokratische „Zentralarbeiter-Sekretariat“ der sogenannten „freien“ Gewerkschaften in Berlin angesichts der Tatsache, daß der Ausschuss des deutschen (christlich-nationalen) Arbeiterkongresses für die Wahlen zum Reichsversicherungsamt eine eigene Kandidatenliste aufgestellt hat. Da Aussicht ist, daß die christlich-nationalen Kandidaten gewählt werden, so ist der Kerger der Genossen zu verstehen. Bis her war das höchste soziale Gericht und zugleich höchste Verwaltungsinstanz der deutschen Arbeiterversicherung, soweit die Arbeitervertretung in Frage kommt, fast unbeschränkt in sozialdemokratischen Händen. Das Zentralorgan der sozialdemokratischen Gewerkschaften wettete und donnerte in seiner letzten Nummer gegen den „abscheulichen“ Ausschuss des deutschen Arbeiterkongresses, der sich „eigenmächtig“ den Namen „beigelegt“ hat und den Versuch unternimmt, die rein sozialpolitische Wirksamkeit der Arbeitervertreter mit politischer Verbeugung und Wählbarkeit zu verknüpfen. Hieraus leuchtet der Kerger hervor, daß es den „Genossen“ sehr peinlich ist, daß ihnen vom nationalen Ausschuss die Fendlermaske vom Antlitz gezogen wurde. Zahlreich traten sie als ganz unzulässige Räumlein, die nur den Wählern tüchtige Arbeitervertreter vorschlagen, an die meist nicht sozialdemokratisch gesinnten wahlberechtigten Schiedsgerichtsbeisitzer heran. Peinlichst wurde verdrängten, daß die Kandidaten sowohl wie diejenigen, die sie präsentierten, wachste Sozialdemokraten sind. Im guten Glauben hat bisher mancher gut national und christlich gesinnte Schiedsgerichtsbeisitzer die Sozialdemokraten gewählt. Durch das Tageszentrale des nationalen Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses ist dieses idyllische Bildchen im Trüben den Genossen entgültig gestört worden. Das Genossenblatt heißt den Ausschuss eine „obskure Reichsstelle zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Elfen“, dem die „Legitimation“ zu seinem „Eingreifen“ in das Reichsversicherungsamt fehlt. Die Genossen mögen sich beruhigen. Die Legitimation zu den Handlungen des Ausschusses des deutschen Arbeiterkongresses erteilen die dem Kongress angegliederten Organisationen, deren Mitgliederzahl heute über 800 000 beträgt. Der deutsche Arbeiterkongress hat angesichts dieser Mitgliederzahl durchaus ein Recht, den Sozialdemokraten die Befugung des Reichsversicherungsamtes streitig zu machen. Jeder Schiedsgerichtsbeisitzer ist heute im Besitze der amtlichen Stimmzettel und der christlich-nationalen blauen Kandidatenliste. Wer nicht diese auf blauem Papier gedruckte nationale Kandidatenliste wählt, der unterläßt die sozialdemokratische auf weissem und neuerdings veränderte auf rosa Papier gedruckte Liste. Sorge jeder, daß nur die blaue Liste gewählt wird.

#### Oesterreich-Ungarn.

— Eine Spaltung in der österreichischen Sozialdemokratie. Schon lange rumort es in der österreichischen Sozialdemokratie und am stärksten zwischen den tschechischen Angehörigen der Sozialdemokratie und der Wiener Zentralparteileitung. Nun ist das Unheil für die Sozialdemokratie bei den Tschechen zum Ausbruch gekommen mit ungemühter Festigkeit: In einer der größten sozialdemokratischen gewerkschaftlichen Reichsorganisationen, jener der Schuhmacher, die zu 90 Prozent tschechisch ist, haben die Prager „Genossen“ eine Sezession veranstaltet und eine eigene tschechisch-nationale Schuhmachergewerkschaft gegründet, der sich bereits die meisten tschechischen Ortsgruppen in Böhmen und Mähren angeschlossen haben und nun auch die Wiener

tschechischen Ortsgruppen anzuschließen drohen. Die Trennung soll sich bis auf die Vertrauensmänner in den einzelnen Werkstätten erstrecken. Dem Hof schlägt den Boden aus, daß die neue tschechische Organisation die im Juni und Juli vereinnahmten Beträge jener tschechischen Ortsgruppen beibehalten und von dem tschechischen Gewerkschaftsorgan, das dem Reichsverbande gehörte, einfach Besitz ergreift. Daß daraus die sozialdemokratische Zentralparteileitung, die sich bisher viel darauf zu gute getan hatte, daß die Sozialdemokratie allein die österreichische nationale Frage bezwingen könnte, aus dieser Spaltung eine folgenreichere Zersplitterung ihrer Kräfte befürchtet, ist begründet. Der Kampf, der jetzt losgeht, wird ein sehr heftiger werden, bei der Hartnäckigkeit, mit der von tschechischer Seite nationale Streitigkeiten geführt werden, ist es sozusagen ganz ausgeschlossen, daß der Sprung der sozialdemokratischen Organisation wieder friedlich geleitet werde.

#### Frankreich.

— Wie der „Temps“ meldet, äußerte sich Kardinal Vignozz Panutelli, als er kürzlich beim eucharistischen Kongress in Tournay (Frankreich) weilte, er halte nichts von den Mitteilungen, daß geheime Anweisungen des Papstes an die französischen Bischöfe zur Umbildung der Fabriken in Kultvereine in Aussicht stünden. Die Kultvereine seien ein- für allemal verurteilt. Uebrigens seien die Kultvereine nicht einmal das Bedenklichste in diesem Gesetze gewesen. Unverträglich sei die Rücksicht und Anrechnung der Kirche erschienen, zum Beispiel bei den Strafbestimmungen. Das Gesetz habe nirgends die nötige Sicherheit für den Bestand der Kirche geboten, und eine Annahme des Gesetzes wäre Selbstmord gewesen. Eine größere Zahl der Bischöfe sei zwar für einen Versuch gewesen, aber immer nur unter der Voraussetzung, daß der Papst ihn billigte. Einmütig hätten aber alle gegen die Annahme einer Regierung protestiert, die allein über Einrichtung und Lebensbedingungen der katholischen Kirche entscheiden wolle. An ein ernstliches Schisma glaubt der Kardinal nicht, selbst wenn die Regierung eine solche Bewegung unterstütze. Die Sezessionisten würden noch weniger Erfolg haben als die Altkatholiken.

#### Russland.

— Ministerpräsident Stolypin hat dem Berichterstatter eines Berliner Blattes gegenüber alle Kombinationen, die sich mit einer Aufhebung des über die baltischen Provinzen verhängten Kriegsstandes beschäftigen, als hinfällig bezeichnet. Die Regierung könne in die Befreiung des Ausnahmezustandes nicht eher willigen, als bis den Räubern und Wördern das Handwerk gelegt sei. Viel schlimmer als in den Ostseeprovinzen sehe er die Situation in Polen an, wo man es mit einer sorgfältig organisierten Anarchisten-Gesellschaft zu tun habe, deren Umfang weit über das Amtsentzug des Landes hinausgehe. Gegen die Gewalt gebe es nur wieder Gewalt. Die Regierung habe eine halbe Million Soldaten in Polen stehen, welche ausreichen, um der Anarchisten Herr zu werden, um Ordnung im Lande zu schaffen. Dabei sei die Regierung der Reformen eingedenk, die sie Polen zugesagt habe und werde beispielsweise der künftigen Duma ein Projekt vorlegen, das die Einführung der Semstwo in Polen zum Gegenstande hat. — Der „Regierungsanzeiger“ veröffentlicht verstärkte Strafbestimmungen für Staatsverbrechen, die von Personen begangen werden, die sich im Militärdienst befinden. Unter anderem wird auf die Mitteilung dienstlich anvertrauter wichtiger Pläne und Dokumente, sowie auf die Auslieferung von deren Kopien die Todesstrafe gesetzt. — Die Fabrikanten in Niga haben mit einem Kapital von 5 Millionen Rubel einen Versicherungsverband gegen Streik gebildet. Jeder Streik soll in Zukunft durch Aussperrung der Arbeiter beantwortet werden, wobei der Schaden der Fabrikanten durch Gegenleistungsversicherung gedeckt wird. — Die russischen Behörden beabsichtigen in Polangen einen vom Auslande über Deutschland geschmuggelten, für die Moskauer Revolutionäre bestimmten großen Waffentransport, darunter 300 Gewehre, 600 Revolver und mehrere Maschinengewehre. Die Polizei ist angeblich noch weiteren Transporten auf der Spur. — Finanzminister Kokoszew äußerte sich zu dem Petersburger Berichterstatter der „D. Z.“ über die andauernd umlaufenden Gerüchte von einer neuen russischen Anleihe. „Ich werde mich an das Ausland unter keinen Umständen mit neuen Geldforderungen wenden, sollten jedoch ausländische Bankiers mit solchen Vorschlägen an mich herantreten, so werde ich die Herren natürlich gern anhören.“

#### Türkei.

— Als bedeutsam für den Verzicht auf das französische Protektorat im Orient wird eine aus Konstantinopel eingetroffene Nachricht betrachtet, wonach in Pera bei der Grundsteinlegung der ersten in der Türkei unter italienischem Protektorat gestifteten Kirche ein Vertreter des Papstes neben dem italienischen Vorkaplan anwesend war.

#### Amerika.

— Nach einem Telegramm aus Havanna haben die Aufständigen Valmira bei Cienfuegos in Besitz genommen. Der Aufstand gewinnt immer mehr an Boden. Eine Abteilung von 45 Rekruten wurde bei Guines von 80 Anführern hinterläßt überfallen, wobei 7 Mann der Regierungspartei getötet wurden. San Juan y Martinez ist von Regierungstruppen ohne Widerstand wieder besetzt worden.

— Der Dampfer Mexiko ist nach Havanna abgesegelt. Er überbringt 15000 Remington-Revolvergewehre, 800000 Munitionsladungen und 6 Mitroiläusen für die kubanische Regierung. Am 30. August geht auch der Dampfer Kansas mit 3 Millionen Kartuschen und 5000 Remingtongewehren dahin ab.

#### Aus Stadt und Land

Dresden, den 27. August 1906.  
Feststatter für den 28. August. 1862. Treffen bei Stromonte, Niederlage und Gefangenahme Corribals. — 1829. Graf Leo Tolstoi zu Jasnaja-Poljana, berühmter russischer Schriftsteller. — 1802. Karl Joseph Simrod zu Bonn, hervorragender Germanist und Dichter. — 1797. Prof. Karl Otfried Müller zu Gießen, bedeutender klassischer Altertumsforscher. — 1780. Entdeckung des ersten Saturntrabanten Titos durch den Astronom Wilhelm Herschel. — 1749. Johann Wolfgang von Goethe zu Frankfurt a. M. — 430. + Aurelius Augustinus der Bistige zu Hippo, der hervorragende Kirchenvater des Abendlandes, der Vater des scholastischen Theologie.

— Weiterprognose des Königl. Schil. meteor. logischen Instituts zu Dresden für den 28. August Wind und Bewölkung: mäßige westliche Winde, nachherig Bewölkung, Niederschlag und Temperatur: Nachlassen der Niederschläge, Temperatur nicht erheblich verändert.

— Zur gestrigen Mittagstafel bei Ihrer Majestät der Königin-Witwe in Mehsfeld war Oberforstmeister von Lindenau-Värenfels mit Einladung beehrt worden. Die Rückkehr Ihrer Majestät der Königin-Witwe nach Villa Strehlen wird heute nachmittags 1/2 Uhr erfolgen.

— In Erwiderung des von Sr. Majestät dem König im Juni dieses Jahres am herzoglich Sachsen-Meiningschen Hof ausgeführten Besuchs trifft Se. Hoheit der Erbprinz von Sachsen-Meinungen, als Vertreter Sr. Hoheit des Herzogs, Freitag, den 31. August vormittags zum Besuch Sr. Majestät des Königs in Pillnitz ein. Se. Majestät der König und Se. Königliche Hoheit der Prinz Johann Georg empfangen Se. Hoheit den Erbprinzen am Bahnhof Niederseibitz. Mittags findet zu Ehren des hohen Gastes im Schlosse Pillnitz königliche Tafel statt, der sich nachmittags ein Ausflug in die sächsische Schweiz anschließt, und für den Abend ist ein Besuch der Vorstellung im königlichen Opernhause in Aussicht genommen. In der Nacht zum 1. September wird Se. Hoheit Dresden verlassen und sich nach Berlin begeben. Dienstag, den 4. September wird Se. Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen zum Besuch am königlichen Hofe eintreffen.

— Herr Georg Paulk, dessen wir an seinem 99. Geburtstag, am 9. Juli, ehrenvolle Erwähnung taten, war es von der Vorlesung nicht mehr bestimmt, den 100. Geburtstag zu erreichen. Er verstarb am 24. d. M. früh infolge eingetretener Altersschwäche. Der Verstorbene war der Schwiegervater des um die katholische Gemeinde Dresdens hochverdienten Privatiers Herrn Karl Wöhner.

— Zu der Errichtung eines monatlichen katholischen Gottesdienstes in Weinböhla schreibt man uns: „Verehrte Redaktion! Sie scheinen zu meinen, daß es genüge, den Bericht des „Leipz. Tagebl.“, Gottesdienst in Weinböhla betreffend, einfach zum Abdruck zu bringen. Ich fürchte aber doch, daß das Charakteristische desselben über die Hauptsache, daß nämlich das Pfarramt in Weissen endlich die Einrichtung solchen Gottesdienstes ermöglicht hat, übersehen werden könnte. Der Berichterstatter scheint nämlich — und das ist mir für die Anscheinungen mancher braver sächsischer Staatsuntertanen bezeichnend — sich wirklich dem Wahnglauben hinzugeben, daß der protestantische Kirchenvorstand von einem betreffenden katholischen Pfarramt erst um Erlaubnis für katholischen Gottesdienst angegangen werden müßte. So weit sind wir meinem Wissen nach noch nicht. Ich glaube vielmehr, daß es doch nur die weltliche Behörde ist, welche bei Neueinrichtung katholischen Gottesdienstes Erlaubnis zu geben hat. Und diese ist, wenn anders ich recht berichtet bin, sofort bereit gewesen, Erlaubnis zu erteilen und die Wege zu ebnen. Etwas anderes ist es allerdings um die zeitweilige Ueberlassung der Friedhofskapelle. Ueber diese hat natürlich der Kirchenvorstand zu entscheiden. Und wenn er diese zu Zwecken katholischen Gottesdienstes überläßt, haben die katholischen Weinböhler ihm für dieses freundliche Entgegenkommen zu danken. Sollte es Ihre Leser amüßiger, wie den Einsender dieses, so sei ihnen mitgeteilt, daß irgend ein guter Freund oder eine gute Freundin in der „Weinböhler Zeitg.“ noch durch eine Annonce folgenden Inhaltes auf den Gottesdienst aufmerksam machen zu müssen glaubte: „Evangelischer Bund! Evangelischer Arbeiterverein! Wacht! Kämpfet! Römisch-katholischer Gottesdienst in der evangelischen Friedhofskapelle hier!“

(:) Der Tod des Arztes befreit den Arzt nicht von der Schweigepflicht. Bekanntlich hat sich das Oberlandesgericht zu der Frage, ob die Pflicht zur Wahrung des ärztlichen Berufsgeheimnisses auch nach dem Tode des Patienten fortbesteht, im zustimmenden Sinne ausgesprochen. Nunmehr hat sich auch das Reichsgericht und zwar unter Bestätigung der Entscheidung des sächsischen Oberlandesgerichtes zu dieser Sache geäußert. Die Entscheidungsurteile beider Instanzen sind für die Arztenschaft außerordentlich wichtig und von prinzipieller Bedeutung. Das Oberlandesgericht machte in seiner Urteilsbegründung nachstehende bemerkenswerte Ausführungen: Der Arzt kann zwar nach dem Tode des Patienten wegen Verletzung des Berufsgeheimnisses nicht bestraft werden; denn die Verfolgung auf Grund des § 300 des Strafgesetzbuches tritt nur auf Antrag ein. Die Urteile des Verstorbenen und seine Erben haben aber weder das Recht zur Verfolgung von Verleumdungen des Verstorbenen noch auch das Recht der Entscheidung von Berufsgeheimnissen. Der Tod des Patienten befreit den Arzt nicht von seiner Schweigepflicht. Diese Pflicht beruht insbesondere beim Arzte nicht auf Rücksichten persönlicher Art. Wer seinen Arzt zu Rate zieht, soll sicher sein, daß von dem, was er über seine Leiden dem Arzte anvertraut, nichts ohne seinen Willen bekannt wird. Würde dieser Schutz verfallen, so wäre zu befürchten, daß gerade bei Leiden der hier fraglichen Art, deren Geheimhaltung besonders erwünscht zu sein pflegt, und für die die Zuziehung eines Arztes besonders notwendig ist, diese Zuziehung zum Schaden der Allgemeinheit mehr und mehr unterlassen würde. Es ergibt sich die Folgerung, daß der Arzt nach dem Tode seines Patienten von der Verschwiegenheitspflicht überhaupt nicht mehr entbunden werden kann. Zu dem gleichen Ergebnisse führt die Erwägung, daß das Gesetz durch die Verletzung des Zeugnisverweigerungsrechtes insbesondere an Arzte nicht nur den Kranken gegen die Offenbarung seiner Gebreden, sondern auch den Arzt gegen den Zwang schützen will, die ihm vertraulich gemachten, der Verschwiegenheit bedürftigen Mitteilungen seiner Patienten preiszugeben. Auch nach dem Tode der Patienten hat das Pietätsgesühl des Arztes auf Schonung Anspruch; sein Zeugnisverweigerungsrecht ist demnach mit diesem Zeitpunkt als perpetuiert anzusehen. Das Reichsgericht hat nun, wie bereits erwähnt, die gegen dieses Urteil erhobene Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen und hierbei folgendes ausgeführt: Daß das Oberlandesgericht den betreffenden Arzt zur Verweigerung seines Zeugnisses für berechtigt erklärt hat, entspricht im allgemeinen durchaus den Grundrissen, von denen der beschließende Senat in seiner Entscheidung ausgegangen ist, an welchen festzuhalten ist. Im vorliegenden Falle ist nun noch

Die Frage aufgeworfen worden, ob nicht, da der Patient, dem der Arzt im Sinne des § 383 Absatz 1 Nr. 5 der Zivilprozessordnung zur Verschwiegenheit verpflichtet war, inzwischen verstorben ist, der letztere jetzt im Sinne des § 385 Absatz 2 das, als von dieser Verpflichtung entbunden angesehen sei und deshalb sein Zeugnis nicht mehr verweigern dürfe. Diese Frage ist jedoch mit Recht verneint worden. Nach der einen Ansicht geht das Recht, von der Verschwiegenheit zu entbinden, auf die Erben über. Wollte man sich auf diesen Standpunkt stellen, so würde entscheidend sein, daß im vorliegenden Falle die Erben, die jetzigen Beklagten, diese Entbindung nicht haben vornehmen wollen. Spricht man aber, was wohl richtiger ist, mit dem Oberlandesgerichte den Erben das fragliche Recht ab, so wäre doch kein Grund ersichtlich, weshalb die Verschwiegenheitspflicht jetzt weggefallen sein sollte, nachdem der Berechtigte bis zu seinem Tode den Schweigepflichtigen nun einmal nicht davon entbunden hatte. Den letzteren trotzdem als entbunden gelten zu lassen, wäre ganz willkürlich. Hiernach erschien die Beschwerde als unbegründet und war daher zurückzuweisen.

Der Verband der reisenden Kaufleute Deutschlands hat an das Reichseisenbahnamt eine Denkschrift gesandt, in welcher er Stellung zu dem Entwurf der Eisenbahnverkehrsordnung nimmt. Die Ausführungen des Verbandes gehen dahin, daß die vorherige Lösung von Fahrkarten weitere Ausdehnung erfahren möchte, auch die Bestimmung über die Vereithaltung des Fahrgeldes modifiziert und die Vorschriften über die Kontrollierung der Fahrkarten gemildert werden. Weitere Anträge beziehen sich auf den Verkehr in den Bahnhöfen, auf die Befragung der Wagenabteile und die Verweisung in Abteile höherer Klassen. Auch wird für das Handgepäck und die Aufgabe desselben größere Bequemlichkeiten gefordert. Befürwortet wird die einheitliche Regelung der Gepäckträger, und vor allem will man die Paktpflicht der Eisenbahn in einer gerechteren Weise geregelt wissen. Die Anträge des Verbandes sind mit einer ausführlichen Begründung versehen.

(1) Geburten und Sterblichkeit in Sachsen im Jahre 1904. Im Königreich Sachsen sind im Jahre 1904 insgesamt 149 744 Kinder, und zwar 76 743 Knaben und 73 001 Mädchen als lebendgeboren gemeldet worden. Davon waren 19 815 = 12,9 Prozent außerehelicher Konzeption, während 52 629 Kinder, darunter 857 = 16,3 Prozent außereheliche Totgeborene waren. Die Geburtenziffer beträgt, auf eine mittlere Bevölkerungszahl von 4 477 000 berechnet, a) einschließlich der Totgeborenen = 34,62 — b) ohne diese = 33,45 Prozent; sie ist also seit 1898 von Jahr zu Jahr stetig zurückgegangen, denn sie betrug im Jahre

Jahr	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904
a)	40,67	40,23	39,39	38,23	36,92	34,99	34,62
b)	39,27	38,86	38,06	36,93	35,68	33,80	33,45

Die Sterblichkeitsverhältnisse waren im Jahre 1904 etwas günstiger, als im Vorjahre. Die Sterbeziffer näherte sich wieder der für das Jahr 1902 festgestellten Minimalziffer aus den letzten 40 Jahren: 19,29 Prozent. Ausschließlich der Totgeborenen sind im letzten Berichtsjahre 87 570 Personen als gestorben eingetragen, mithin 19,56 auf je 1000 Einwohner, dagegen während des Jahres 1903: 19,74. Im Jahre 1894 hatte die entsprechende Sterbeziffer noch 23,50 und im Jahre 1884 sogar 30,27 Prozent betragen. Trotz dieser im Vergleich zu früheren Jahren sehr geringen Sterbeziffer des Berichtsjahres war der Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen (13,89 Prozent) infolge der niedrigen Geburtenziffer geringer als in jedem der Vorjahre 1894 bis 1903. Unter den 87 570 Gestorbenen des Jahres 1904 befanden sich 36 511 Kinder des ersten Lebensjahres, was einer Säuglingssterblichkeit von 24,33 auf je 100 Lebendgeborene entspricht; sie betrug im Jahresdurchschnitt bei Kindern männlichen Geschlechts 26,29; bei Kindern weiblichen Geschlechts 22,38. Im Lebensalter von 1 bis 10 Jahren standen 9326, im Alter von 10—15 Jahren 825 der gestorbenen Kinder; es kommen demnach auf je 100 gestorbene Säuglinge nur 25,5 im Alter von 1 bis 10 Jahren und kaum 28 im Alter von 1—15 Jahren gestorbene Kinder. Der stetige Rückgang der Geburtenziffer, wie er in den obigen Zahlen in bedenklicher Weise und Deutlichkeit zu Tage tritt, ist ein Produkt der allgemeinen sozialen Verhältnisse und schließlich, wie das „Korrespondenzblatt der ärztlichen Kreis- und Bezirksvereine im Königreich Sachsen“ schreibt, in vielerlei Beziehung für die Zukunft eine inakzeptable Perspektive in sich; dieselbe kann auch durch das geringfügige Wiederaufsteigen der ehelichen Fruchtbarkeit während des Jahres 1904 kaum besonders gemildert werden.

**Risingenthal.** Am Mittwoch, den 29. August, findet die feierliche Grundsteinlegung für die kath. Interimskirche statt. Die hl. Handlung wird der hochw. Herr Konviktspräfes **W. Lewka** vornehmen.

**Döbeln, 26. August.** Während in unserer Stadt verhältnismäßig selten Brände vorkommen, war in dieser Woche bereits dreimal Feuer. Freitag nachts brannten vier Scheunen am Oberscheunenplan mit reichem Inhalt nieder. Diese Scheunentreife in der oberen Stadt wurde bereits im Januar 1899 durch den Brand von zwölf Scheunen bedeutend gelichtet. Von zwei Dutzend Scheunen sind jetzt nur noch vier übrig.

**Lisch, 26. August.** Aus Furcht vor Strafe ließ sich am Freitag der 12 Jahre alte Sohn eines hiesigen Seminarlehrers, der die Realschule besucht und wegen fortgesetzter Verletzung der Schulpflicht zwei Stunden harter Erhaltung hatte, in der Nähe von Lisch von einem Zuge der Leipzig-Dresdner Bahn überfahren. Zu der schrecklichen Tat scheint ihm Furcht vor väterlicher Strafe getrieben zu haben. Leute, die auf dem Felde in der Nähe arbeiteten und die Tat mit ansehen mußten, konnten sie leider nicht verhindern, denn als sie hinzukamen, war das Unglück bereits geschehen. Der Kopf war vom Rumpfe des unglücklichen Knaben getrennt.

**Frankenstein, 26. August.** Nachdem schon kurz vor Weihnachten der Handarbeiter Fuhrmann von hier in der Nähe des Krankenhauses durch Erhängen den Tod gesucht hatte, damals aber wieder rechtzeitig ins Leben zurückgerufen werden konnte, hat er vergangenen Freitag sein Vorhaben nochmals ausgeführt und den gesuchten Tod gefunden. Er

knüpfte sich am Statenszaun eines Holzplatzes in der Nähe der Muldenberger Bahn unweit der Stadt auf und, als der nachmittags gegen 4 Uhr an dieser Stelle verkehrende Zug herannahete, bemerkte das Zugpersonal den Erhängten. Er wurde polizeilich aufgehoben und heute morgen an die Anatomie Leipzig überführt.

**Glauchau, 26. August.** Eine eigentümliche Art von Propaganda für das sogenannte „ringfreie Bier“ machte sich in verschiedenen Straßen der Stadt bemerkbar, indem durch Nachbummler mit schwarzer Maske „Trinkt nur ringfreies Bier“ auf die Trottoirs geschrieben worden war. Durch patrouillierende Schutzleute wurden die Schmierereien, soweit es ging, unter Anwendung von Terpentin beseitigt.

**Planen i. S., 26. August.** Ein hiesiger Fleischermeister in der Albertstraße beschuldigt mit seinem Sohne eine Verstellung von Buffalo Bill. Das Fleischergeschäft hatte man für einige Stunden geschlossen, weil gerade die Zeit in Betracht kam, wo in der Regel nur wenige Käufer erscheinen. Inzwischen ist aber ein strecher Spießdube in die Wohnung eingedrungen, hat diese mittels Nachschlüssels geöffnet und aus einem verriegelten Schranke einen Geldbetrag in Höhe von 450 Mark entwendet. Als der Fleischermeister nach Hause kam, machte er die unangenehme Entdeckung, daß sein Bargeld verschwunden war.

**Bauken.** Eine Bach- und Schließgesellschaft ist auch in unserer Stadt ins Leben getreten. Die Wächter der Gesellschaft sind vereidigt und tragen Uniform. Die Gesellschaft übernimmt auf Bestellung die nächtliche innere Beaufsichtigung und Schließung aller Gebäude. Die Wächter sollen auch den Bewohnern während der Nacht in allen Fällen Hilfe leisten. Offenlich rentiert sich das Unternehmen.

**Trier, 25. August.** Einen der besten Trierer hat heute früh der Tod in die Ewigkeit abgerufen, den Tuchhändler **Rikolaus Marx**. Er starb an den Folgen einer Augenentzündung, die er sich vor kaum fünf Tagen zugezogen hatte. Herr Marx war der Typus eines bescheidenen, treuen Kaufmanns und ruhigen Bürgers, der nicht nach Reichtum und Ansehen strebte. Als solcher genoß er die Achtung und die Zuneigung seiner Mitbürger in hohem Grade. Im Jahre 1898 wurde er in das Stadtverordnetenkollegium gewählt; 1899 trat er dieses Amt an, um es bis zu seinem Tode ununterbrochen, treu und gewissenhaft zu verwalten. Sehr große Verdienste hat sich der Verstorbene um die Hospitalkasse erworben. Er führte dort die Geschäfte des Waisenvaters und es war rührend anzusehen, wie die kleinen elternlosen Geschöpfe sich um den alten, kurzschichtigen Herrn herandrängten und wetteiferten, ihm die Hand zu drücken. Er war ein Mensch von seltener Herzengüte und seinem Empfinden; es wäre ihm eine Unmöglichkeit gewesen, einen Mitmenschen zu kränken. Damit stand sein fester Charakter, der ihn mit Energie alles verfolgen ließ, was er für richtig erkannt hatte, nicht im Widerspruch. Herr Marx war in den letzten Jahren Vorsitzender des Rent- und Wahlkomitees. Vier seiner Söhne sind Priester; außerdem belohnte er noch zwei Söhne und sechs Töchter, die alle ihren Vater überleben. Der Verstorbene hinterließ in den Herzen aller derer, die mit ihm in Berührung traten, ein Denkmal, das nicht vergehen wird, bevor jene aufgehört haben, zu schlagen.

**Klattau (Böhmen).** In der Nacht zum Freitag wurde in der Nähe der hiesigen Kavalleriebarriere der Leutnant Freiherr von Reduna während eines Inspektionsganges von einem unbekanntem Manne überfallen. Letzterer gab vier Revolverkugeln auf den Offizier ab, ohne jedoch zu treffen. Als der Leutnant den Attentäter festnehmen wollte, hobte ihm dieser einen Dolch zweimal in die Brust und entfloh. Man hat bisher keine Spur von ihm. Der Offizier ist schwer verwundet.

**Zepitz.** In der Pilschden Wirtwarenfabrik in Maria-schein geriet die 15 jährige Arbeiterin Anna Wessels in die Wäsche, wobei ihr der Kopf weggerissen wurde.

**Melnitz.** Einem gräßlichen Todes ist hier das sieben Jahre alte Töchterchen des Lehrers Stranzky gestorben. Das Kind schaukelte sich im Beimgarten des Vaters in einer Hängebmatte. Plötzlich riß ein Strich, und die Kleine fiel aus der Hängebmatte auf einen eisernen Gartenrechen, dessen Zinken tief in den Körper eindrangen. Hilflos mußte das unglückliche Mädchen fast eine halbe Stunde lang in dieser entsetzlichen Situation liegen bleiben, da man sein Schreien nicht hörte. Bald nachdem man das Kind in die elterliche Wohnung gebracht, verchied es.

### Vereinsnachrichten.

**Chemnitz.** Das zweite Stiftungsfest des katholischen Arbeitervereins wurde am 19. August in würdiger Weise begangen. Zur festgesetzten Stunde sammelten sich die Mitglieder am Körnerplatz. Eine stattliche Anzahl katholischer Männer zog zum 3/9 Uhr in die zweite Pfarrkirche (vordere Turnhalle) ein. Im zweiten Teile der Festpredigt wandte sich der Herr Präses Pfarrer **Stahmann** direkt an die Mitglieder des Arbeitervereins. Erhob, so habe der Heiland gesagt zum Laubstamm. Dies Epitheton soll und müsse besonders der katholische Arbeitermann hier in der Diözese sich zum Wahlpruch nehmen. Öffne dein Herz für die Wahrheiten unserer heiligen Kirche und sei stumm, taubstumm gegen die Verlockungen der sündigen, ungläubigen Welt. — Abends 7 Uhr war bereits der Saal des Thaliahauses, Sonnenstraße, von Mitgliedern, Gästen und Gönnern des Vereins sehr gut besetzt. Eingeleitet wurde der Festabend durch einen Prolog, den der Vizepräsident **W. W. W.** sprach. Sodann begrüßte der Herr Präses alle die lieben Damen und Herren, besonders seine geistlichen Herren Konfratres, an erster Stelle aber den Herrn Bezirkspräsidenten für Sachsen, Herrn Pfarrer **P. H. H. H.** Dresden-Löbtau. Genannter Herr hielt hierauf einen höchst interessanten zeitgemäßen Vortrag: Mittel zur Lösung der sozialen Frage. Referent sprach zum Schluß den Wunsch aus, daß das kleine Knäblein, wie der Herr Präses den Verein in seiner Begrüßung genannt, recht bald groß werden möge. Der Herr Präses dankte im Namen des Vereins und bat im Anschluß daran die anwesenden katholischen Arbeiter, recht kräftig mitwirken zu wollen bei Ausbreitung unserer Verbandsideen. Nach dem ersten Teil des Abends trat der Frohsinn in seine Rechte ein. Von zwölf Mitgliedern des Vereins gelangte die fünfaktige Komödie „Der Feind im Lager“ zur Aufführung. Ein vergnügtes Längchen bil-

dete den Schluß der Feier. Dank all denen, welche in geistlicher und leiblicher Weise dem Verein gedient haben. Dank dem Herrn Bezirkspräsidenten, den Gästen für ihr Wohlwollen und Erscheinen, Dank den Spielern, nicht minder Dank dem Herrn Regner nebst Familie, sowie unserem verehrten Vereinswirt Herrn **R. Polster**. Möge aber auch den Mitgliedern des katholischen Arbeitervereins immer mehr und mehr zum Bewußtsein kommen, wer es gut mit ihnen meint und durch wem nur Heilung aller sozialen Schäden möglich ist. Gott segne die christliche Arbeit. Th. L.

### Vermischtes.

Zum hundertsten Todestag Johann Philipp Palm's. Am 26. August ist ein Jahrhundert verfloßen, seit das Opfer despotischer Willkür Napoleons I. Johann Philipp Palm, durch französische Soldaten in Braunau erschossen wurde. Ein französisches Kriegsgericht hat das Todesurteil über Palm gesprochen in einer jedem Rechtsbewußtsein hobnispredenden Weise und der Justizmord wurde nachmittags 2 Uhr am 26. August 1806 vollzogen. Damals war „Deutschland in seiner tiefen Erniedrigung“ und eine Proschüre unter diesem Titel hat das Verhängnis über Palm herausbeschworen. Johann Philipp Palm wurde in Schorndorf in Württemberg am 18. Dezember 1766 geboren und erlernte den Buchhandel. Er heiratete sich mit der Tochter des Buchhändlers Stein in Nürnberg und übernahm die Steinsche Verlagsanstalt. In dem Verlage war zu Beginn des Jahres 1806 eine Proschüre anonym erschienen, welche den Titel hatte: „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung“ und deren Verfasser der Finanzrat von Jelin war, der im Jahre 1826 zu Edinburgh, wohin er geflohen war, starb. Von dieser Schrift erhielt Napoleon Kenntnis und ein französisches Tribunal ordnete auf Befehl Napoleons die Verhaftung Palms an. Auf Hochverrat, begangen durch Verbreitung aufreizender, wider die Majestät des Kaisers und seine Armee gerichteter Schriften, lautete die Anklage, und vor einem französischen Tribunal sollte sich der Angeklagte zu verantworten haben. Palm beteuerte den Offizieren, die gewaltfam in seine Wohnung eingedrungen waren, er sei sich keiner strafbaren Handlung bewußt, führe die besagte Proschüre wie anderes nur zum Vertrieb im Buchhandel und habe sie bei ihrem Erscheinen auch nur flüchtig durchgesehen. Als er indessen auf die wiederholte Frage seiner Inquisitoren, wer der Verfasser dieses „Schandwerkes“ sei, keine Antwort zu geben wußte oder wollte, war sein Schicksal so gut wie besiegelt. Ein paar kurze Augenblicke hatte man dem fassungslosen Manne noch gewährt, um von seiner Familie Abschied zu nehmen, dann ging's unter starker militärischer Eskorte zunächst nach Ansbach und nach Braunau, wo das Kriegsgericht unter dem Vorsitz des Generals St. Hilaire bereits konstituiert war. Am 25. August hatte ihn das Kriegsgericht nach kurzen zweimaligen Verhör, zu dem weder Zeugen noch Verteidiger zugelassen waren, einstimmig zum Tode verurteilt. Das Kriegsgericht ließiglich eine Parze war und die Verurteilung Palms auf direkten Befehl Napoleons erfolgte, geht aus einer Ordre des forsichigen Gewaltmenschen hervor, welche besagte: „Es ist mein Wille, daß der Buchhändler vor ein Kriegsgericht gezogen und in 24 Stunden erschossen werde.“ Der Verurteilung Palms am 25. August folgte Tags darauf die Exekution. Am 11 Uhr vormittags des 26. August wurde ihm das Todesurteil verkündet und kurz vor 2 Uhr nachmittags brachte ihn ein Leiterwagen von Braunau aufstellung genommen hatte. Die ersten 6 Soldaten, welche die Exekutionstruppe bildeten, hatten Palm nur leicht verwundet. Auch die weiteren 6 Soldaten haben den Tod Palms durch ihre Schüsse nicht herbeigeführt. Erst als andere Soldaten an die zusammengeschlossene Gestalt herantreten und die Gewehre hart am Kopfe Palms abfeuerten, so daß die Hirnschale gerstet wurde, war Palm eine Leiche, die dann von den Bürgern Braunaus auf dem katholischen Friedhof beerdigt wurde.

### Neuer vom 7. 1904

**Berlin, 25. August.** Die Fürstin Brede hat, nachdem die von dem gerichtlich ernannten Sachverständigen in dem Dr. Fränkischen Sanatorium in Lantwig gemachten Beobachtungen abgeschlossen sind, die Anstalt verlassen, um mit Genehmigung des Gerichtes in Paris ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Die gerichtlichen Psychiater sind in Uebereinstimmung mit den behandelnden Ärzten zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Fürstin Brede geisteskrank sei und zwar handelt es sich um ein von den verschiedensten körperlichen krankhaften Erscheinungen begleiteten vorzeitigen Verfall der körperlichen und geistigen Kräfte auf schwer belasteter Grundlage.

**Stuttgart, 25. August.** Der Wirkl. Geh. Rat Prof. Dr. Eduard Zeller empfing zu seinem heutigen 70 jährigen Doktorjubiläum eine große Anzahl von Glückwünschen. Die Universität Berlin hat eine Adresse übersandt, in der sie dem unvergleichlichen Forscher, dem hingebungsvollen Lehrer und dem liebenswürdigen Kollegen ihren Glückwunsch und ihren Dank ausdrückt.

**Stuttgart, 25. August.** Der Schriftsteller Geh. Hofrat **Max v. Colln**, der Gründer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, ist heute in Ulm gestorben.

**Frankfurt a. M.** Die Frankfurter Zeitung beging am Sonnabend und Sonntag das Fest ihres 50 jährigen Bestehens. Herr und Frau Leopold Sonnemann haben dem Aufsichtsrat der Frankfurter Societätsdruckerei, G. m. b. H., 100 000 Mk. übergeben, die als verziertes Jubiläumsgeld zu Gunsten der Angestellten verwendet werden sollen.

**Hamburg.** Am Sonnabend abend ist der Dampfer „Professor Voermann“ mit sechs Offizieren und 500 Unteroffizieren und Mannschaften aus Deutsch-Südwestafrika hier eingetroffen.

**Hamburg.** In einem Hause der Sachsenstraße wurde ein junger Mann aus Rußland verhaftet, der im Gesicht und an den Händen schwere Brandwunden trug. Der Verhaftete verweigerte über seine Person jede Auskunft. Bei der Durchsuchung wurden eine Menge Revolver und auch Sprengstoffe, hauptsächlich Pektinäure, gefunden, ferner Frachtbriefe, Rechnungen usw., aus denen hervorgeht, daß Waffen und Sprengstoffe nach Rußland ver-

